

24.08.2006 - Politik / Österreich

## Gesundheit: Ärger über hohe Mehrwertsteuer auf Medikamente

*Eine Halbierung der Steuer würde 350 Mio. Euro kosten. Die Gesundheitsministerin will das dem Finanzminister ersparen.*

Alpbach (c. d.). Zum Streit zwischen Pharmawirtschaft und Politik, ob die Kosten für Medikamente hierzulande zu hoch oder zu niedrig sind, gesellt sich seit Dienstagabend wieder einmal die Frage um die Höhe des Mehrwertsteuersatzes. Der Präsident der forschenden pharmazeutischen Industrie, Boudewijn van Bochove, forderte die Senkung von 20 auf zehn Prozent. Franz Bittner, Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse, gab ihm recht: "Die 20 Prozent gehören so rasch wie möglich weg, das kann es nicht sein."

Argument ist, dass die Kosten aus dem Sozialversicherungssystem aufgebracht werden müssen und besser für die Bereitstellung innovativer Medikamente eingesetzt werden sollten. Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat ist allerdings zurückhaltend: "Der Finanzminister hat das immer abgelehnt. Ich mische mich nicht in ein anderes Ressort ein." Außerdem lägen die Verluste für das Budget immer bei rund 350 Mio. Euro pro Jahr.

Mit den Zahlen im Gesundheitssystem ist das allerdings so eine Sache. So konnten sich die beim Europäischen Forum Alpbach versammelten Experten über so manche Zahl nicht einigen. Ministerin Rauch-Kallat und die Sozialversicherung sprachen von 8,6 Prozent höheren Kosten im ersten Halbjahr 2006. Die Pharmaindustrie will (einschließlich Juli) nur eine Steigerung von fünf Prozent registriert haben.

Man ist aber auch uneins, was die Entwicklung über einen längeren Zeitraum hinweg betrifft. Sozialversicherer sehen einen kontinuierlichen Anstieg um sechs, die Arzneimittelhersteller um drei bis vier Prozent. Unumstritten ist hingegen, dass der Medikamentenanteil an den Gesamtkosten im Gesundheitswesen nach neuesten Berechnungen nur noch 13,2 und nicht 20 Prozent beträgt, weil jahrelang der Länderanteil an den Spitalskosten nicht korrekt einberechnet wurde.

Bei den absoluten Zahlen hapert es aber schon wieder. Das Ministerium spricht von 2,5 Mrd. Euro im Jahr, die Industrie von 1,8 Mrd. Ungläubig ist die Gesundheitsministerin aber auch, was das von der Sozialversicherung kolportierte Defizit von 154 Mio. Euro für 2006 betrifft. Das sei jedes Jahr "bewusst viel zu hoch angesetzt".